

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27199 –**

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan zeitnah einleiten

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion sind die Operationen und Missionen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan, an denen sich Deutschland mit Militärgerät und Ausrüstung, Soldaten der Bundeswehr, Polizisten und Ausbildern seit 2001 ununterbrochen beteiligt hat, größtenteils gescheitert. Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf: 1. den Abzug der deutschen Streitkräfte und der deutschen Entwicklungsorganisationen zu veranlassen sowie den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei zeitnah vorzubereiten und durchzuführen; 2. die fortgeschrittenen Gespräche zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren sowie den relevanten internationalen Organisationen weiterhin als Mediator zu begleiten; 3. mit internationalen Organisationen und den Nachbarländern Afghanistans einen wirksamen Mechanismus zur Überprüfung etwaiger Abkommen zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren zu entwickeln, damit sichergestellt ist, dass die Taliban zukünftig einen von Afghanistan ausgehenden Terrorismus unterbinden; 4. eine Gesamt-Evaluation des Afghanistan-Einsatzes seit 2001 vorzunehmen, um aus dem Scheitern am Hindukusch zu lernen und zukünftigen Fehlentscheidungen vorzubeugen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27199 abzulehnen.

Berlin, den 23. März 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Gisela Manderla
Berichterstatterin

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gisela Manderla, Aydan Özoğuz, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Heike Hänsel und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/27199** in seiner 215. Sitzung am 4. März 2021 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion sind die Operationen und Missionen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan, an denen sich Deutschland mit Militärgerät und Ausrüstung, Soldaten der Bundeswehr, Polizisten und Ausbildern seit 2001 ununterbrochen beteiligt hat, größtenteils gescheitert. Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf: 1. den Abzug der deutschen Streitkräfte und der deutschen Entwicklungsorganisationen zu veranlassen sowie den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei zeitnah vorzubereiten und durchzuführen; 2. die fortgeschrittenen Gespräche zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren sowie den relevanten internationalen Organisationen weiterhin als Mediator zu begleiten; 3. mit internationalen Organisationen und den Nachbarländern Afghanistans einen wirksamen Mechanismus zur Überprüfung etwaiger Abkommen zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren zu entwickeln, damit sichergestellt ist, dass die Taliban zukünftig einen von Afghanistan ausgehenden Terrorismus unterbinden; 4. eine Gesamt-Evaluation des Afghanistan-Einsatzes seit 2001 vorzunehmen, um aus dem Scheitern am Hindusch zu lernen und zukünftigen Fehlentscheidungen vorzubeugen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27199 in seiner 81. Sitzung am 23. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27199 in seiner 73. Sitzung am 23. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27199 in seiner 76. Sitzung am 23. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 23. März 2021

Gisela Manderla
Berichterstatterin

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter